

Prostituierte schützen – Zwangsprostitution bekämpfen

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg, hat die Bundesregierung und den Bundestag aufgefordert, den Referentenentwurf zum Prostituiertenschutzgesetz nachzubessern und zügig zu verabschieden.

"Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist es dringend notwendig, den Betrieb von Prostitutionsstätten strenger zu regulieren und bessere Schutzmaßnahmen für in der Prostitution tätige Frauen und Männer zu schaffen. Dazu ist eine neue gesetzliche Regelung dringend erforderlich, die möglichst rasch in Kraft treten sollte und nicht weiter verzögert werden darf", so Sternberg vor dem ZdK-Hauptausschuss in Bonn am Freitag, dem 22. Januar 2016. "Regelmäßige persönlicher Kontakte im Rahmen von Anmeldung und Gesundheitsberatung sind für den kontinuierlichen Schutz der Prostituierten unerlässlich und bieten einen beständigen externen Bezugspunkt. In diesem Punkt bedarf der nach zweijährigen intensiven politischen Beratungen vorgelegte überarbeitete Referentenentwurf nun noch dringend der Nachbesserung."

Darüber hinaus forderte der ZdK-Präsident die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Der rechtliche Rahmen müsse insgesamt so ausgestaltet werden, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution konsequent unterbunden und die Verantwortlichen wirksam belangt werden.

"Nach unserem christlichen Menschenbild greifen Nachfrage und Angebot sexueller Dienstleistungen die Menschenwürde an und führen nicht zu einem erfüllten Lebensentwurf", unterstrich Sternberg in diesem Zusammenhang. "Die Ablehnung der Prostitution als solche ist für uns verbunden mit der Sorge um den Schutz der in der Prostitution Tätigen, für den sich viele katholische Organisationen mit Beratungs- und Hilfsangeboten engagieren."